

böll.brief

GRÜNE ORDNUNGSPOLITIK #11

November 2019

Debatten zur Ökologie

Plädoyers und Argumente
zur Orientierung

PETER UNFRIED

ÖKOLOGISCHEN INDIVIDUALISMUS STÄRKEN!

UWE SCHNEIDEWIND

ÖKOLOGISCHE LEBENSFORMEN STÄRKEN!

 **HEINRICH BÖLL STIFTUNG**

*Das **böll.brief – Grüne Ordnungspolitik** bietet Analysen, Hintergründe und programmatische Impulse für eine sozial-ökologische Transformation. Der Fokus liegt auf den Politikfeldern Energie, Klimaschutz, Stadtentwicklung sowie arbeits- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zum nachhaltigen Umbau der Industriegesellschaft.*

*Das **böll.brief** der Abteilung Politische Bildung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabegesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik», «Demokratie & Gesellschaft» und «Öffentliche Räume».*

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
PLÄDOYER 1: PETER UNFRIED	
ÖKOLOGISCHEN INDIVIDUALISMUS STÄRKEN! WAS IST UND WAS KANN ÖKOINDIVIDUALISMUS?	4
1 Keine «Grüne Erzählung», bitte	4
2 Was ist ökologischer Individualismus, und was kann ökologischer Individualismus?	6
3 Wie bekommt man eine demokratische Mehrheit und wofür genau?	11
PLÄDOYER 2: UWE SCHNEIDEWIND	
ÖKOLOGISCHE LEBENSFORMEN STÄRKEN! PERSPEKTIVEN EINER SUFFIZIENZPOLITIK IN SECHS THESEN	13
1 Nachhaltigkeit braucht eine doppelte Entkopplung	13
2 Suffizienz ist die zentrale Zivilisationssignatur des 21. Jahrhunderts	15
3 «Weniger ist mehr» in gesättigten Wohlstandsgesellschaften	17
4 Suffizienz ist ein politisches Projekt	17
5 Suffizienzpolitik ist ein demokratisches und liberales Projekt – in republikanischer Tradition	18
6 Suffizienzpolitik ist ein politisches Querschnittsprojekt	20
Literaturverzeichnis	22
Die Autoren	23
Impressum	23

Vorbemerkung

Der Bedarf an politischer Orientierung ist groß, gerade an grundsätzlichen Fragen gibt es gegenwärtig reges Interesse – etwa zu den Herausforderungen in der Umwelt- und Klimapolitik, bei der Stärkung der repräsentativen Demokratie und der Sicherung von Freiheit und Gerechtigkeit in Deutschland und Europa. Begriffe wie Ökologie, Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit können gerade in Zeiten des Wandels ihre Orientierungskraft entfalten. Die politischen Erzählungen sind dabei eine Antwort darauf, wie diese Ideen in unserer Zeit zu verorten sind und was aus ihnen für das Handeln in Gegenwart und Zukunft folgt.

Die *Heinrich-Böll-Stiftung* hat für diese Debatten verschiedene Plattformen geschaffen. In unserer Reihe «*Debattenraum Grüne Erzählung – Plädoyers und Argumente zur Orientierung*» debattierten jeweils 30–40 Menschen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik in einem diskursiven Format.

Aus den «Debattenräumen» gehen die vorliegenden *Plädoyers* hervor. Mit den beiden Plädoyers «*Ökologischen Individualismus stärken*» und «*Ökologische Lebensformen stärken*» wird eine zentrale Kontroverse ökologischer Politik nachgezeichnet. Der Diskussionsstand wirft bedeutende Fragen auf, die Beiträge bieten erste Orientierung für mögliche Antworten.

Die vorgestellten Positionen schließen einander nicht aus. Vielmehr vermessen sie ein Spektrum, innerhalb dessen ganz unterschiedliche Pfade beschritten werden können, auf dem Weg zu einer grünen Erzählung von Ökologie.

Ole Meinefeld
Referent Zeitdiagnose & Diskursanalyse
Heinrich-Böll-Stiftung

ÖKOLOGISCHEN INDIVIDUALISMUS STÄRKEN! WAS IST UND WAS KANN ÖKOINDIVIDUALISMUS?

1 Keine «Grüne Erzählung», bitte

Die ökologische Bewegung ist die Folge eines Komplexitätsschubs in den westlichen Industriegesellschaften und speziell in Westdeutschland. Die SPD konnte, wie der Soziologe Armin Nassehi schreibt, Ende der 1970er Jahre die ökologischen und identitätspolitischen Defizite nicht im notwendigen Ausmaß in die Sozialdemokratie integrieren. Die Grünen übernahmen das als Öko- und Gender-App des sogenannten linken Lagers, wodurch die Halblinks-halbrechts-Kultur der Bundesrepublik stabilisiert wurde. Nun haben wir es im 21. Jahrhundert mit einem ungleich größeren Komplexitätsschub zu tun, die Globalisierung und die wachsenden Mittelschichten in der Welt gehen einher mit einem «Abstieg des Westens» (Joschka Fischer), ihre Wirtschaften und liberalen Demokratien haben Systemkonkurrenz durch den China-Kapitalismus und die Autoritären bekommen. Aber wir verdanken nicht nur unseren Wohlstand dem fossilen Wirtschaften, sondern auch unsere emanzipatorischen, sozialen und freiheitlichen Errungenschaften basieren darauf, das ist vielen nicht klar. Plus kontinuierlicher Rückgang von Armut, Hunger, Analphabetismus, Kindersterblichkeit, Gewaltkriminalität. «Was waren denn die Faktoren, dass vieles im Lauf der letzten Jahrzehnte besser wurde», fragt der Soziologe Harald Welzer im Zukunftspolitikmagazin *taz FUTURZWEI* (Welzer 2019a). «Vielleicht mehr Gerechtigkeit, mehr Schulen, mehr Gesundheit, mehr Diversität, mehr Horizont, mehr Lebenschancen für viel mehr Menschen?» Wenn man diese Faktoren finde, könne man politisch weiter dafür kämpfen, dass auch andere Dinge besser werden. Aber die Grundlage dafür ist die Modernisierung des menschlichen Naturverhältnisses, «eine naturbefriedete Wirtschaft», also eine innovativ ökosoziale. Das geht weder im Kapitalismus *as usual* noch im autoritären Sozialismus, dafür braucht es einen «aufgeklärten Kapitalismus» (Welzer 2019b). Und es braucht einen Abschied vom Denken in zwei politischen Alternativen, hier Christdemokratie, dort Sozialdemokratie, hier «konservativ», dort «links».

Sozialökologische Politik, die die Transformation zu einem aufgeklärten Kapitalismus stimuliert und reguliert, ist nicht links. Und auch nicht konservativ. Sie ist sozial, liberal und konservativ, vor allem aber ist sie nicht in die alten kulturellen und politischen Cluster einzusortieren. Wenn also jemand die berüchtigte Frage stellt: Ist das auch links,

im klassischen Sinne? So muss die Antwort «nein» lauten, sonst taugt diese Sozialökologie nichts. Dito «konservativ» und «liberal».

Warum sage ich das? Weil die Befreiung aus dem alten Halblinks-halbrechts-Paradigma die Voraussetzung für Politik auf der Höhe der Herausforderung ist und dafür, die notwendigen neuen Mehrheiten dafür zu gewinnen. Die beiden herausragenden Beispiele für diese These sind Emmanuel Macron und Winfried Kretschmann. In Frankreich war die Alternative nicht mehr Konservative oder Sozialisten, sondern halblinks-halbrechts oder der autoritäre Front National.

Macron hat den Front nicht vorbereitet, wie Kritiker sagen, er hat eine ernsthafte Alternative dazu zur Wahl gebracht – und zumindest diesmal gewonnen. Winfried Kretschmann hat in Baden-Württemberg kraft seiner Persönlichkeit und eines strategisch überdurchschnittlich guten Staatsministeriums die Grünen zur führenden politischen Kraft gemacht, hat zunächst die SPD und dann die CDU kleinregiert und mit seiner Politik von «Maß und Mitte» (seine Lieblingsworte) eine neue Mehrheit zusammengebracht, die aus alten Grünen, alten Linksliberalen, alten Sozialdemokraten, alten Konservativen besteht. Diese Mehrheit ist nicht einer «grünen Erzählung» zu verdanken, sondern einer neuen gesellschaftlichen Mainstream-Erzählung, die ökologische Zukunftspolitik beinhaltet. Das ist nicht im Sinne der reinen Lehre, doch genau deshalb ist die Wahrscheinlichkeit für sozialökologische Politik deutlich gestiegen.

2 Was ist ökologischer Individualismus, und was kann ökologischer Individualismus?

2.1 Was ist ökologischer Individualismus?

Der ökologische Individualismus ist keine Milieu-, Charakter-, Partei- oder Lagerorientierung und keine Avantgarde, sondern entspricht der Vielfalt des liberalen Mainstreams. Als solcher hat er in einer heterogenen, pluralistischen Gesellschaft genauso seinen Platz wie andere Lebensstile. Er ist kein «korrektes Sprechen» oder eine sich im Sprechen vollziehende «Haltung», er kann nur gelebt werden. Der Begriff meint, dass man in seinem persönlichen Leben sozialökologische Werte integriert, etwa bei der Ernährung, durch Eigenstromproduktion oder Beteiligung an erneuerbarer Stromproduktion, im Mobilitätsverhalten, bei der Wahl der Bank.

Der ökologische Individualismus kann moralisch motiviert sein, politisch, ökonomisch, kulturell oder hedonistisch. In der Regel wird es ein Mix aus diesen Kategorien sein.

Ökoindividualisten können aus «Moral» niemals fliegen und aus Lust Tesla fahren und ihren Strom selbst produzieren, weil sie Geld sparen wollen. Der Hinweis auf das gesparte Geld durch selbstproduzierten Strom ist im Sinne der Massentauglichkeit hilfreicher als der Hinweis auf das eingesparte CO₂.

Ökoindividualismus kann Niko-Paech-artig gelebt werden ohne Flugreisen und mit Second-Hand-Jacket, aber das ist nur eine von vielen Möglichkeiten. Er kann auch hedonistisch gelebt werden oder technologiefasziniert. Der ökologische Individualismus ist nicht normativ verpflichtend und schon gar nicht semireligiös besetzt. Vor allem ist er nicht an links-grüne urbane Milieus gebunden, im Gegenteil. Der moderne Ökoindividualist lebt tendenziell eher in Bayern oder Baden-Württemberg auf dem Land und kann auch CDU wählen, kann Tüftlerin oder Sparfuchs sein.

2.2 Soll man den Begriff ökologischer Individualismus verwenden?

Der Leipziger Jurist und Soziologe Felix Ekardt (2016), Experte für Nachhaltigkeit und Klimapolitik, rät von dem Begriff Ökoindividualismus ab, weil hier in philosophischer wie juristischer Hinsicht die Autonomie des Individuums der normative Ausgangspunkt sei. Tatsächlich muss die Ökoindividualistin ja nicht für ihr Recht kämpfen, kein Auto zu fahren, kein Fleisch zu essen oder ihren Strom selbst zu produzieren.

Der politisch motivierte Ökoindividualismus ist eine individuell gelebte Kultur, die normativ darauf zielt, politische Entscheidungen im Sinne der ökologischen Zukunftsfähigkeit der Gesellschaften herbeizuführen. Selbst wenn jemand durch den Wunsch nach Schutz einer begrenzten «Heimat» motiviert ist, muss dies auf die Erde als Heimat zielen, da Erderhitzung bekanntlich grenzenlos ist und nicht nationalstaatlich zu regulieren.

Bessere Begriffe als Ökoindividualismus sind aber mit Blick auf Ekarchts Argument eher Ökolebensstil, Klimakultur oder Zukunftskultur.

Der einzelne Mensch kann «die Welt» eben nicht durch persönlichen Verzicht retten und auch nicht durch einen Tesla, er kann damit seine «Heimat» nicht verteidigen und nicht mal sein eigenes kleines Häuschen, wenn es ungünstig steht, etwa in Hamburg oder New York. Wenn er das will, muss er versuchen, auf die Politik, den Markt und den Bewusstseinsmarkt einzuwirken.

2.3 Was kann Ökoindividualismus?

Würde man die unterschiedlichen Arten des Ökoindividualismus addieren, der Emissionen tatsächlich erheblich senkt, so käme man vermutlich nicht mal auf fünf Prozent der deutschen Gesellschaft. Würde man das eingesparte CO₂ der Ökoindividualisten addieren, so reichte das hinten und vorne nicht, global schon gar nicht, aber auch nicht für nationale Klimaschutzziele. Erstens weil ein einziger Interkontinentalflug die ganze Bilanz «ruiniert», zweitens weil Einzelbilanzen quantitativ irrelevant sind, drittens weil der strukturelle Sockel einer westlichen fossilen Gesellschaft zu hoch ist, als dass ein einzelner Mensch allein emissionsfrei werden kann.

Der Ökoindividualismus ist für den Einzelnen bereichernd und potentiell sinnstiftend, er kann auch andere inspirieren, aber er kann genauso missbraucht werden bzw. wird permanent missbraucht zur Individualisierung und Privatisierung von Problemlösungen, die individuell eben nicht zu lösen sind, sondern nur politisch.

Und er kann andere abschrecken und gegen Sozialökologie in Stellung bringen, wenn er als die alte Moral- und Verzichtgeschichte erzählt wird. Dann wird er komplett kontraproduktiv.

2.4 Das Private ist nicht politisch, das Politische ist politisch

Die Politisierung der Privatsphäre in den 1970er Jahren, für Frauen- und Minderheitenrechte, war in diesem Kontext plausibel, unter anderem, wenn es um konkrete Aushandlungsprozesse zwischen einzelnen Frauen und Männern ging oder um emanzipatorische Gewinne in einem begrenzten Umfeld (Arbeit, Universität). Aber in der Frage der sozial-ökologischen Transformation hat es sich als kontraproduktiv erwiesen, jeder individuellen Handlung eine gesellschaftliche Bedeutung beizumessen. Wie ich ausführe, lenkt das von politischen Problemlösungen ab, statt sie zu stärken und näherzubringen.

2.5 Ökoindividualismus und Politik, Markt, gesellschaftliches Bewusstsein

Die Einwirkung auf Politik und auf den Markt

Die Einwirkung auf Politik und den Menschen ist am dringlichsten und erfolgversprechendsten, weil es um grundlegende Veränderungen geht, die die Gesamtheit der Leute betreffen.

Die Einwirkung auf den Markt durch Kauf und Konsum von Produkten, die zur Zukunftsfähigkeit beitragen, ist begrüßenswert, aber stößt schnell an ihre Grenzen. Zum einen sind wir am Beginn einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung, in der fair und zukunftsfähig produzierte Lebensmittel als Bedrohung für Leute mit wenig Geld inszeniert werden. Emblematisch ist ein Kampf für einen Aldi und gegen eine Biomarkthalle in Berlin-Kreuzberg.

Zum anderen müssen wir uns – der Pro-Aldi-Kampf zeigt das – auch hier von dem Wahn verabschieden, dass die richtige «Moral» sich durchsetzen werde. Beim Konsumieren gilt nicht Ethik für Fortgeschrittene, sondern es gelten die Normen der Konsumgesellschaft. Die werden deutlich weniger durch moralische Fragen beeinflusst und viel stärker durch gesellschaftliche Trends, den Einfluss von Werbung, Bekanntenkreis und selbstverständlich durch den Preis – das gilt auch für Leute, die «genug» Geld haben.

Gesellschaftliches Bewusstsein

In einem Satz: Gesellschaftliches Bewusstsein muss mit Machtpolitik verknüpft werden.

Das «gesellschaftliche Bewusstsein» als mächtiger *Changemaker* gehört seit vielen Jahren zum Illusionsrepertoire von Leuten, die den Wandel propagieren. Schauen wir genauer hin. Gesellschaftliches Bewusstsein ist dann wichtig, wenn es konkret auf eine Veränderung zielt und in dieser Hinsicht Druck auf Politik oder Unternehmen ausübt, ideal sind überschaubare Kiezproteste für den Bestand von bestimmten Einrichtungen und Läden oder

manchmal auch für bestimmten Wohnraum. Es ist meist hilflos, wenn es etwas abstrakt anprangert, ohne auf etwas hinauszuwollen oder zu können, etwa die G8-Protteste oder sonstige antikapitalistische Kundgebungen.

Als Musterbeispiel für den Erfolg von gesellschaftlichem Bewusstsein wird gern der Atomausstieg genommen. Aber faktisch brauchte es Politik, nämlich die rot-grüne Bundesregierung, die den Atomausstieg durchsetzte. Die Protestbewegung hat diese Mehrheit kulturell aufgebaut und ist ein Beleg dafür, dass sich Gesellschaft und Politik wechselseitig antreiben und stärken müssen. Aber gerade die politische Geschichte der Atomkraft zeigt auch, wie begrenzt die Macht von gesellschaftlichem Bewusstsein ist. Die CDU/FDP-Regierung hob den Atomausstieg einfach auf, obwohl eine Mehrheit der Gesellschaft das nicht wollte. Das hieß aber nicht, dass diese Merkel-Regierung deshalb abgewählt worden wäre – sonst hätte Merkel das ja nicht gemacht. Es brauchte die Nuklearkatastrophe von Fukushima, damit Merkel sich gegen Atomkraft entschied oder sogar entscheiden konnte, weil das die Akzeptanz oder zumindest Toleranz in ihrer eigenen Wählerschaft herstellte.

Gesellschaftliches Bewusstsein vermag wenig, wenn es nicht mit Politik verbunden wird. Beispiel: In den Niederlanden gibt es ein hohes Bewusstsein, dass Einzelne etwas für das Klima tun sollten. Aber magere Klimapolitik – auch weil das vorhandene Bewusstsein das Wahlverhalten nicht wirklich beeinflusst. Das Bewusstsein und ein politisches Instrument müssen gekoppelt werden. Auf der anderen Seite kann ein politisches Instrument fatale Folgen haben, etwa Macrons geplante ökologische Steuerreform in Frankreich, wenn das gesellschaftliche Bewusstsein gerade ganz woanders ist. Dann wird es kontraproduktiv, und ökologische Zukunftspolitik wird mittelfristig geschwächt und desavouiert.

Die moderne Fahrrad-Infrastruktur in den Niederlanden andererseits ist keine Folge von mehrheitsgesellschaftlichem Bewusstsein, sondern wurde politisch entschieden und gesellschaftlich akzeptiert, weil sie handwerklich gut gemacht wurde. Die mehrheitliche Akzeptanz ist nicht moralisch und beruht nicht auf abstraktem Umweltbewusstsein, sondern darauf, dass die Leute das Gefühl haben, dass das gut funktioniert und die Lebensqualität einer Stadt sich verbessert. Eine gut funktionierende und angenommene Fahrradautobahn ist Basis für Politik, dann den nächsten Schritt zu machen.

In Deutschland fehlt die Fahrrad-Infrastruktur, dafür gibt es ein Erneuerbare-Energien-Gesetz, das es wiederum in den Niederlanden nicht gibt. Teile der Bevölkerung waren bereit und wollten das, andere bekamen die Relevanz gar nicht richtig mit, etwa der damalige rot-grüne Bundeskanzler Schröder.

Damit wurde die Transformation der Energieerzeugung entscheidend vorangebracht, obwohl nur in einer Minderheit entsprechendes gesellschaftliches Bewusstsein vorhanden war. Wichtig war aber in der Folge die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Transformation. Das Instrument führte dazu, dass die erneuerbaren Energien in Deutschland explodierten.

In den Niederlanden passierte nichts, obwohl gleich großes gesellschaftliches Bewusstsein vorhanden war.

Zusammengefasst: Sozialökologische Politik ist nicht mit ethischen oder moralischen Argumenten oder gar semireligiösen Geboten durchzusetzen, sondern darf entweder die Lebenswelten nicht berühren, oder sie muss sie positiv verändern – also den Ökoindividualismus in einem bestimmten Bereich – etwa der Fahrradstadt – zum Mainstream machen. Das bedeutet nicht, dass es keine harte Ordnungspolitik geben darf.

Verbote und neues Denken

Wie absurd es ist, Klimaschutz in den universalistischen Kategorien von Freiheit und Moral behandeln oder gar organisieren zu wollen, zeigt ein irdischer Vergleich mit Denkmalschutz und Brandschutz. Es gäbe keinen oder kaum Denkmal- und Brandschutz, wenn das eine private Aufgabe von guten Menschen wäre, nennen wir sie «Denkmalschutz-Individualisten» und «Brandschutz-Individualisten». Wenn ich mich konkret an diese politische Steuerung halten muss, dann finde ich das hart und ungerecht und frage mich, ob das wirklich nötig ist, meine Freiheit einschränkt, ästhetisch gruselig ist, und außerdem brennt es sowieso selten. Moralisch motivierter Brandschutz durch aufgeklärte Leute, die es einsehen, das würde niemals funktionieren. Dafür ist Politik zuständig. Job der Bürgerinnen und Bürger ist es, die Politik mitzutragen. Und genauso sollten wir es beim Klimaschutz halten.

3 Wie bekommt man eine demokratische Mehrheit und wofür genau?

3.1 Ökologische Modernisierung

Die Mehrheitsfrage ist die entscheidende Frage, und auf ihre Beantwortung haben Ökos und auch Grüne bisher keine Antwort gefunden, weil sie keine gesucht haben. Zunächst müssen wir uns klarmachen, wofür eine Mehrheit gewonnen werden kann – ich kann das hier nicht ausführen, aber wenn man die emanzipatorischen Errungenschaften einer liberalen Gesellschaft bewahren oder gar ausbauen will, geht das nur mit dem Versprechen einer guten Zukunft durch ökologische Modernisierung.

Es geht nicht mit autoritärem Ökosozialismus oder Schrumpfungskulturen. Selbst bei Menschen mit hohem Bewusstsein fehlt hier oft schlicht das Wissen. Ökologische Modernisierung bedeutet etwas ganz anderes als Ökosozialismus und *Degrowth*, nämlich ökosoziale Marktwirtschaft. Es verlängert das Wohlstandsversprechen in die Zukunft – unter radikaler Veränderung der Art des Wirtschaftens – erneuerbar statt fossil.

3.2 Der Levermann-Gedanke

Der Klimawissenschaftler Anders Levermann hat eine einfache und brillante Idee vorgestellt, um ökologische Modernisierung politikfähig zu machen (Levermann 2019). Er schlägt vor, die sozialökologische Transformation und die Eindämmung der Erderhitzung so zu betrachten wie die Verhinderung von Arbeitslosigkeit. In der deutschen Nachkriegsgesellschaft sei es prioritäres Ziel von Bürgerschaft, Gesellschaft und Politik gewesen, die Arbeitslosigkeit möglichst gering zu halten und dafür alles Notwendige zu tun. Keiner wäre auf die Idee gekommen, Einzelne zu fragen, was er oder sie denn eigentlich gegen Arbeitslosigkeit täte, wie das bei der Erderhitzung ständig passiert. Der Durchbruch besteht also in zweierlei: die Einzelnen davon zu entlasten, etwas tun zu sollen, was sie nicht schaffen können. Und gleichzeitig eine auf Dauer angelegte feste gesellschaftliche Vereinbarung zu treffen, dass die sozialökologische Transformation politische Priorität hat, weil sie die Grundlage einer guten Zukunft ist – wie es im 20. Jahrhundert das Ziel der Vollbeschäftigung war oder zu sein schien.

3.3 Was zur Mehrheitsfrage erschwerend hinzukommt

Ein politisches Ziel formulieren kann jede und jeder, das ist keine vorbildliche «Haltung». Eine demokratische Mehrheit dafür zu gewinnen, das ist etwas anderes und die erste

Herausforderung. Aber dann kommt noch eine weitere und meist vernachlässigte Dimension. Die radikale Senkung der Emissionen auf null, der Wechsel auf sozial-ökologisches Wirtschaften und Leben und das Erreichen der Paris-Ziele lassen sich nicht einfach politisch anordnen.

Wie Nassehi schreibt: «Auch wenn die Forderung relativ einfach wirkt, dass der CO₂-Ausstoß zu senken ist, reagiert eine moderne Gesellschaft darauf nur mit den systemischen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen – und die sind differenziert, vielfältig, zum Teil paradox exklusiv, und vor allem: sie operieren gleichzeitig und sind deshalb nicht kausal zu steuern.» (Nassehi 2019). Politik ist nur *ein* System in diesem Spiel mit einer Logik, die aber die Logik der anderen Systeme nicht außer Kraft setzen kann, etwa die Gewinnorientierung von Unternehmen und die Notwendigkeit von Marktchancen. Wenn sich etwas nicht rechnet, kann es das jeweilige Unternehmen nicht brauchen, das ist keine moralische Frage, sondern eine systemische. Wenn der Politiker oder die Politikerin keine Mehrheit hat, können sie keine Politik machen. Auch das ist keine moralische Frage, sondern eine demokratische.

Es kommt also zu Konflikten zwischen den ökonomischen, rechtlichen, wissenschaftlich-technischen und politischen Logiken, die sich nicht einfach auflösen lassen. Die neue Verantwortungspolitik ist nicht die Repräsentation einzelner Milieus oder Sachbezüge (Arbeiterpartei, Apothekerpartei, Partei der benachteiligten Minderheiten), und sie kann auch nicht nur auf den jahrzehntelang üblichen Kompromiss-Konsens zielen. Vielmehr muss Politik es schaffen, die unterschiedlichen Systeme und Logiken an entscheidenden Punkten so zu vernetzen, dass eine grundlegende Lösung näher rückt. Die Frage wird sein, ob es einer Partei gelingt, diese Vernetzung der Systeme und «Praxisräume der Gesellschaft» (Nassehi 2019) aus dem Zentrum des Mainstreams heraus zielgerichtet zu koordinieren.

ÖKOLOGISCHE LEBENSFORMEN STÄRKEN! PERSPEKTIVEN EINER SUFFIZIENZ- POLITIK IN SECHS THESEN

Ökologische Lebensformen sind mehr als eine individuelle Form der Lebensverwirklichung. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stehen sie für ein globales Zivilisationsmodell, das in verantwortlicher Weise mit den ökologischen Begrenzungen des Planeten Erde umgeht und die Chance auf ein würdevolles Leben für alle bald 10 Milliarden auf diesem Planeten lebenden Menschen offenhält. Die Förderung von Randbedingungen, die ökologische Lebensformen erleichtern, ist daher ein zentrales gesellschaftliches und politisches Projekt des 21. Jahrhunderts. In Deutschland steht der (sperrige) Begriff der «Suffizienzpolitik» für diese politische Aufgabe. Er zielt auf Rahmenbedingungen, die «gutes Leben (im Sinne ökologischer Lebensformen) einfacher machen» (Schneidewind/Zahrnt 2013).

Das vorliegende Papier entfaltet die Eckpunkte einer solchen Suffizienzpolitik in sechs Thesen, um die Diskussion anzuregen.

1 Nachhaltigkeit braucht eine doppelte Entkopplung

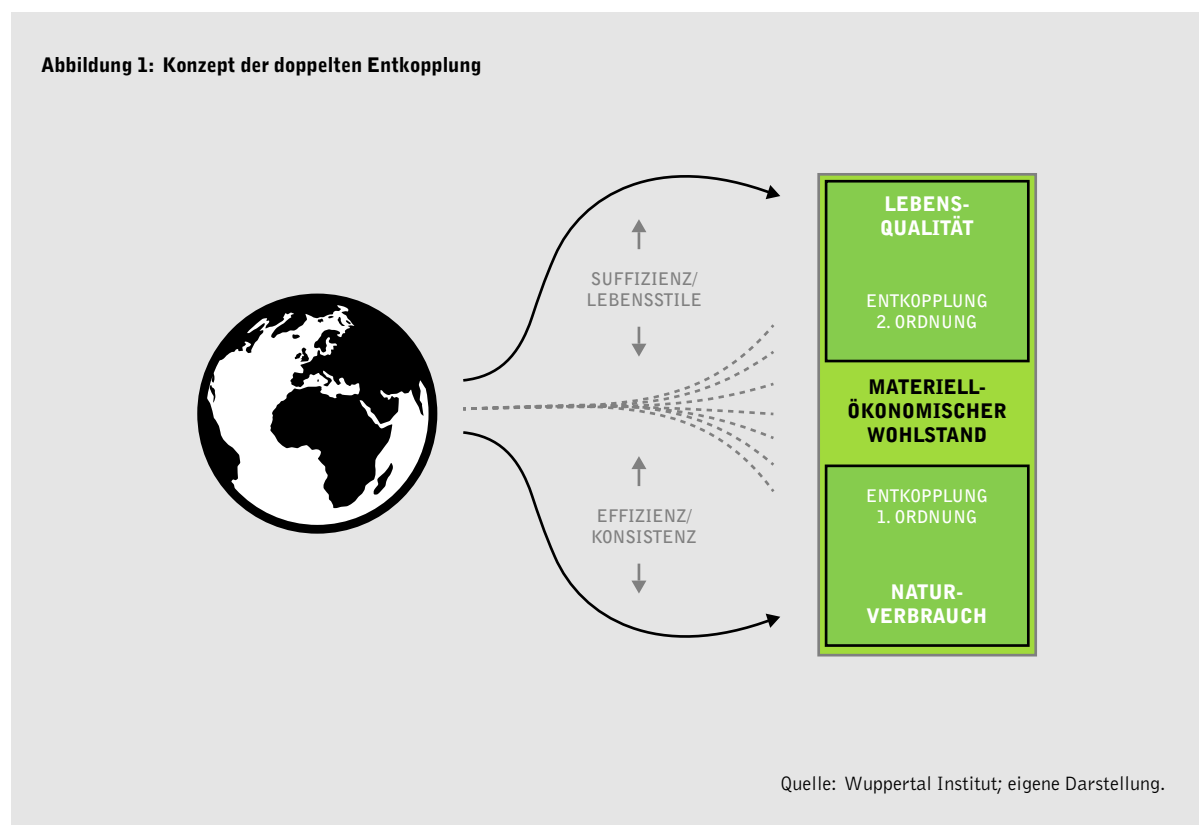
Gutes Leben innerhalb gesetzter ökologischer planetarischer Grenzen ist auf «Entkopplung» angewiesen: Damit sind Formen der gesellschaftlichen Organisation gemeint, die es ermöglichen, eine höhere globale Lebensqualität ohne massiv anwachsende Umweltbelastungen zu erreichen. Dass moderne (westliche) Formen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisation dazu nur bedingt in der Lage sind, ist Thema des politischen Diskurses schon seit Anfang der 1970er Jahre – beginnend mit dem Club of Rome-Bericht zu den «Grenzen des Wachstums» aus dem Jahre 1972.

Die Suche nach geeigneten Formen der Entkopplung konzentrierte sich lange auf die Idee «ökologischer Effizienz». Hinter diesem Begriff verbergen sich Produktionsprozesse und Produkte, die bei gleicher oder sogar höherer ökonomischer Leistung mit sehr viel weniger Umweltbelastung auskommen. Der Schlüssel dafür sind technologische Innovationen. Hier wurden in den letzten 20 Jahren durchaus wichtige Erfolge verbucht: Moderne Automotoren sind heute viel effizienter als ihre Vorgängermodelle aus den 1990er Jahren, bei vielen chemischen Produktionsprozessen konnte der Energiebedarf stark ge-

senkt werden. Und die schöne Illusion, die dabei vermittelt wird, lautet: Weil die neuen grünen Technologien schnell auch zu einem wichtigen Exportschlager werden, lassen sich Ökologie und klassische Ökonomie ohne Probleme verbinden. Das ist die große Hoffnung der Green Economy.

Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre zeigen, dass in vielen Feldern zwar tatsächlich in erheblichem Maß relative Entkopplungen erreicht werden konnten, sich der Umweltverbrauch pro einzelne Produkteinheit also reduziert hat. Diese relativen Einsparungen wurden aber durch ein gleichzeitiges Wachstum der Produktmenge oder eine vermehrte Produktnutzung überkompensiert. Die Folge daraus: Die absoluten Umweltbelastungen wachsen weiter – auch dort, wo sie die globalen Belastungsgrenzen längst überschritten haben, wie beim Klimawandel. So haben sich die CO₂-Emissionen weltweit seit 1990 fast verdoppelt statt sich zu verringern.

In der Debatte über nachhaltige Entwicklung besteht daher ein zunehmender Konsens (vgl. u.a. Enquete-Kommission 2013), dass sich die Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung mit der technologischen Erhöhung ([Öko]-Effizienz) allein nicht werden lösen lassen.



Es braucht vielmehr eine «doppelte Entkopplung» (vgl. [Abb. 1](#)), die Maßnahmen der klassischen Effizienzerhöhung mit einer Entkopplung wachsender Lebensqualität vom klassischen ökonomisch-materiellen Wachstum verbindet. Das ist der Kern von ökologischen Lebensformen bzw. von «Suffizienz».

2 Suffizienz ist die zentrale Zivilisationssignatur des 21. Jahrhunderts

Ökologische Lebensformen sind dabei zunehmend kein Nischenphänomen mehr. Sie spielen eine wachsende Rolle im Verständnis von Modernität im 21. Jahrhundert. Dies macht sich fest an der positiven Konnotation von einer fahrradgerechten Stadtgestaltung in Städten wie Kopenhagen, Amsterdam oder Utrecht. Hier sind in den letzten 20 Jahren neue moderne Stadtentwürfe entstanden. Solche Formen «suffizienten Verkehrs» gelten als nachahmenswert für die westliche Stadtgestaltung und brechen mit der langen Dominanz von Vorstellungen der 1960er und 1970er Jahre, in denen die autogerechte Stadt Ausdruck von Modernität war.

Ähnliche Entwicklungen finden sich im Ernährungsbereich. Nicht fleischintensive Ernährungsformen prägen die gesellschaftlichen Vorreitermilieus, sondern eine zunehmende Hinwendung zu vegetarischer, veganer, biologischer und regionaler Ernährung. Ökologische Lebensformen werden zu den eigentlich modernen Lebensformen.

Diese Entwicklung lässt sich auch empirisch nachzeichnen. Der globale *World Values Survey* (www.worldvaluessurvey.org) zeichnet nach, dass sich in Gesellschaften mit wachsendem Wohlstand Wertvorstellungen hin zu Dimensionen ökologischer und sozialer Verantwortlichkeit verschieben.

In eine ähnliche Richtung weist der seit rund zehn Jahren bestehende *Better Life Index* der OECD. Die von den führenden Wirtschaftsnationen getragene OECD begleitet die internationale ökonomische Entwicklung mit umfassenden statistischen Analysen, um die Politik der ihr angeschlossenen Länder zu unterstützen. Im *Better Life Index* (www.oecdbetterlifeindex.org) unterscheidet sie elf Einflussgrößen, die den Wohlstand (das *human well-being*) der Menschen in ihren Mitgliedsländern beeinflussen, und untersucht u.a. die Frage, wie stark diese Faktoren mit dem Wachstum des Bruttonationalproduktes zusammenhängen.

Die Erkenntnisse dieser Analysen sind hochinteressant. Die OECD identifiziert elf Faktoren, die für unser Wohlbefinden von zentraler Bedeutung sind:

- (1) das Einkommen und Vermögen,
- (2) die Arbeit,
- (3) die Wohnbedingungen,
- (4) den Gesundheitszustand,
- (5) die Work-Life-Balance,

- (6) die Ausbildung und die Fähigkeiten,
- (7) den Grad der sozialen Vernetzung,
- (8) das zivilgesellschaftliche Engagement,
- (9) die Umweltqualität,
- (10) die persönliche Sicherheit,
- (11) die persönliche Wahrnehmung des Wohlbefindens.

Drei dieser Faktoren haben eine unmittelbare materielle Qualität und sind daher eng mit der Höhe des Bruttosozialprodukts verbunden: Einkommen, Arbeit und Wohnbedingungen. Die anderen acht Faktoren erweisen sich als sehr viel weniger an das Bruttosozialprodukt gekoppelt und sind zum Teil völlig unabhängig davon. Dies erklärt beispielsweise auch, warum es Länder gibt, die bei einem sehr viel geringeren Bruttosozialprodukt pro Kopf genauso hohe oder sogar höhere Zufriedenheitswerte aufweisen als Länder mit einem sehr viel höheren Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt. Empirisch zeigt sich, dass schon bei einem Bruttosozialprodukt von rund 10.000 Euro pro Kopf sehr hohe Zufriedenheitswerte möglich sind, weil ab dieser Schwelle alle wichtigen materiellen Grundbedürfnisse (wie Wohnen, Ernähren, Bildung, Gesundheit, Mobilität) zu befriedigen sind.

Tabelle 1: Die 11 OECD-Dimensionen eines erweiterten Wohlstandsverständnisses

Wohlstand	
LEBENSQUALITÄT	MATERIELLER WOHLSTAND (Indikator: BIP)
<ul style="list-style-type: none"> - Gesundheit - Work-Life-Balance - Bildung - Gemeinschaft - Engagement - Umwelt - Sicherheit - Zufriedenheit 	<ul style="list-style-type: none"> - Einkommen - Arbeit - Wohnen

Quelle: Better-Life-Index, OECD; eigene Darstellung.

Wie stark Wohlbefinden und materieller Wohlstand einer Bevölkerung auseinanderfallen können, wird eindrucksvoll am amerikanischen Gesundheitssystem deutlich: Es ist das finanziell am besten ausgestattete Gesundheitssystem der Welt. Pro Kopf geben die Amerikaner rund das Doppelte an Geld für ihr Gesundheitssystem aus wie der Durchschnitt der OECD-Staaten. Dennoch sind viele Millionen US-Amerikaner nicht krankenversichert und haben daher faktisch kaum Zugriff auf medizinische Versorgung – mit erheblichen Auswirkungen auf den Gesundheitszustand. Das Beispiel zeigt: Ein höheres Bruttosozialprodukt sichert nicht automatisch eine höhere Lebensqualität, wenn der Ordnungsrahmen nicht stimmt.

3 «Weniger ist mehr» in gesättigten Wohlstandsgesellschaften

In gesättigten Wohlstandsgesellschaften zeigt sich daher immer deutlicher, dass «weniger» sehr häufig mit «mehr» Lebensqualität einhergehen kann. In Gesellschaften, die durch Überernährung und damit verbundene Zivilisationskrankheiten, Bewegungsmangel, Beschleunigung und wachsenden Stress gekennzeichnet sind, entsteht ein Wunsch nach neuen Gleichgewichten, nach einem «rechten Maß». Dieser wachsende Wunsch trifft auf Formen der gesellschaftlichen und ökonomischen Organisation, die den Einzelnen das Praktizieren entsprechender Lebensentwürfe nur schwer ermöglichen. In modernen Gesellschaften wird daher die Wiederherstellung von Beziehungen, in denen «Resonanz» (Rosa) erfahren wird, immer mehr zum gesellschaftlichen Kompass, während diese Resonanzbeziehungen auf einer individuellen Ebene aber immer schwerer herstellbar werden.

4 Suffizienz ist ein politisches Projekt

Suffizienz und ökologische Lebensformen werden damit zu einem politischen Projekt. Sie erfordern die Auseinandersetzung mit grundlegenden Organisationsformen moderner Gesellschaft und Wirtschaft und den darin verankerten Wachstumszwängen und Mechanismen der Resonanz-Störung.

Individuell praktizierte ökologische Lebensformen, auch unter den heutigen Bedingungen, sind dabei höchst bedeutungsvoll. Sie illustrieren die Möglichkeit und die Qualitäten eines anderen Lebensstiles und setzen damit auch ein wichtiges gesellschaftliches und politisches Signal.

5 Suffizienzpolitik ist ein demokratisches und liberales Projekt – in republikanischer Tradition

Es ist die große Errungenschaft freiheitlich-demokratischer Gesellschaften, dass sie die Individualität und Vielfalt von Lebensentwürfen in Toleranz möglich machen. Und zu Recht reagieren diejenigen sensibel, die diese Freiheit bedroht sehen. Der Ruf nach politischer Rahmung der individuellen Lebensgestaltung wird als eine solche Gefahr gesehen. Schnell werden dann Begriffe bemüht wie «Zwangsstaat», «Ökodiktatur» oder «neuer Sozialismus».

Ein näherer Blick zeigt, dass die Gegensätze zwischen Staat und Freiheit nicht so eindeutig sind, wie sie gern gezeichnet werden: auf der einen Seite die nach individueller Entfaltung strebenden Bürger/innen, auf der anderen Seite der intervenierende Staat, der diese Entfaltung behindert. Ein solcher Blick verkennt die Bedeutung von Staat und Politik.

Politik zielt darauf, das Zusammenleben von Menschen in einer allgemein verbindlichen Form zu regeln. Eine gute Politik sorgt dafür, dass die Entfaltung von individueller Lebensführung möglich wird, ohne die Lebensentwürfe anderer einzuschränken. Eine gute Politik schafft Möglichkeitsräume für gutes Leben.

Wie schnell Möglichkeitsräume für die einen zur Beschränkung anderer werden können, wird zum Beispiel in der Verkehrspolitik deutlich: Autogerechte Innenstädte mit breit ausgebauten Straßen sowie auf den Autoverkehr ausgelegte Ampelschaltungen sind hilfreich für Autofahrer/innen, in aller Regel aber hindernd für diejenigen, die sich mit dem Fahrrad oder zu Fuß in der Stadt bewegen wollen. Politik muss hier einen Ausgleich schaffen. Gute Politik schafft die Grundlage dafür, dass sich eine möglichst große Zahl individueller Lebensentwürfe entfalten kann.

Wenn die Bürger/innen einer Gesellschaft jedoch auf ihren Status als Konsumenten reduziert werden, wird Liberalismus zu einem reinen Konsumliberalismus: Jeder kann kaufen und konsumieren, was, wo und wie er möchte – von der Fernflugreise über das hochmotorisierte Auto bis hin zum Jetski-Fahren im Urlaub. Diese Form des freien Konsums für freie Bürger/innen hat aus Freiheitssicht gleich mehrere Tücken: Sie steht erstens nur denjenigen offen, die über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um sich einen solchen Konsum zu erlauben. Zweitens schränkt die Ausübung des Konsums schnell die Freiheits- und Entfaltungsrechte anderer ein, die unter den Folgen des Konsums leiden müssen: beispielsweise die Radfahrer/innen, die sich angesichts großvolumiger Autos im Straßenverkehr nicht mehr sicher fühlen. Oder die sich nach Ruhe sehnenenden Badegäste oder Schwimmer/innen, die durch Jetski-Fahrer gestört und gefährdet werden. Oder diejenigen, die in den Einflugzonen von Flughäfen unter Fluglärm leiden. Noch gar nicht berücksichtigt sind dabei die Freiheitsrechte der Menschen weltweit, die die Folgen

einer durch unseren Konsum ausgelösten Klimakrise oder anderer Umweltschäden zu ertragen haben.

Felix Heidenreich (2018) hat erst vor kurzem in einem lesenswerten Aufsatz deutlich gemacht, dass hinter einem solchen Verständnis die Idee eines republikanisch verstandenen Liberalismus steckt: Freiheit definiert sich im Gemeinwesen daher nicht in der Freiheit des individuellen Auslebens möglichst maximaler Freiheiten, sondern in der Freiheit, sich aktiv an der Setzung sinnvoller Rahmenbedingungen für das eigene Handeln beteiligen zu können.

Ein in diesem Sinne aufgeklärter Liberalismus zielt darauf, möglichst allen Bürger/innen ein Maximum an individueller Entfaltung zu ermöglichen. Es geht um die Toleranz gegenüber einer Vielfalt von unterschiedlichen Lebensweisen, die nebeneinander existieren können. Suffiziente Lebensweisen sind in aller Regel wenig invasiv, das heißt sie schränken andere in der Entfaltung ihrer Lebensentwürfe kaum ein. Eine Politik, die suffizientes Leben einfacher macht, ist daher eine im Kern liberale Politik. Sie eröffnet Perspektiven für eine Vielfalt nebeneinander bestehender Lebensentwürfe in globaler Verantwortung.

Suffizienzpolitik als Ermöglichungspolitik nimmt jede Bürger/in als Ganze und alle Bürger/innen ernst. Sie wägt unterschiedliche Ansprüche gegeneinander ab, diskutiert die Entfaltungsoptionen und das Miteinander unterschiedlicher Lebensentwürfe. Darum ist Suffizienzpolitik auch in hohem Maße partizipativ.

6 Suffizienzpolitik ist ein politisches Querschnittsprojekt

Suffizienzpolitik schafft Rahmenbedingungen für ökologische Lebensweisen, die nicht nur national, sondern auch global verallgemeinerungsfähig sind. Suffizienzpolitik ist die konsequente Erweiterung der sozialen Marktwirtschaft, also einer Ordnungspolitik, die individuelle Entfaltung und sozialen sowie ökologischen Ausgleich in ein neues Gleichgewicht bringt.

Politisch zeichnet sich Suffizienzpolitik durch eine Reihe von Charakteristika aus (vgl. auch [Abb. 2](#) zu den unterschiedlichen Ansatzpunkten einer Suffizienzpolitik):

- **Suffizienzpolitik als Querschnittspolitik.** Sie reicht in zahlreiche Politikfelder hinein – in die Verbraucher- und Verkehrspolitik genauso wie in Wohnungsbaupolitik, Stadtplanung, Gesundheits- und Sozialpolitik. Suffizienzpolitik kann auf kommunaler Ebene genauso ansetzen wie auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Sie kann unterschiedliche Eingriffstiefen haben, grundlegende institutionelle Aspekte unseres Wirtschaftens genauso adressieren wie konkrete fachliche Bereiche. Auf der einen Seite ist das eine Herausforderung. Suffizienzpolitik lässt sich nicht einfach an ein schon bestehendes Fachressort delegieren. Auf der anderen Seite ist das eine große Chance, da Suffizienzpolitik auf diese Weise an zahlreichen Stellen starten und Fahrt aufnehmen kann. Ähnliche Konstellationen gibt es auch in anderen Politikfeldern: Gesundheits-, Gleichstellungs- oder Demografiepolitik sind mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert. Auch hier ist es gelungen, diese als übergreifende Politikfelder zu etablieren und Institutionen und Repräsentanten für die Durchsetzung einer solchen Querschnittspolitik zu schaffen. Suffizienzpolitik kann sich hier von inspirieren lassen und davon lernen.
- **Suffizienzpolitik als Mehrebenenpolitik.** Randbedingungen dafür zu schaffen, dass gutes Leben einfacher wird, ist auf internationaler und nationaler Ebene genauso möglich wie regional und lokal. Auf jeder dieser Ebenen kann Suffizienzpolitik starten. Sie ist damit Thema für den Stadtrat genauso wie für eine Landesregierung oder die Bundespolitik. Die Ansätze auf den verschiedenen Ebenen ergänzen sich, verstärken in ihrem Zusammenspiel die Bedingungen für «gutes Leben» und sollten miteinander in Bezug gesetzt werden.
- **Suffizienzpolitik als experimentelle Politik.** Klassische Wirtschafts- und Technologiepolitik, aber auch die Sozialpolitik sind etablierte Politikfelder. Hier haben sich über Jahrzehnte komplexe Institutionen und politische Arrangements herausgebildet. Suffizienzpolitik ist ein neuer Politikansatz, eine neue *Policy*. Sie kann auf bestehende Institutionen zurückgreifen, braucht aber teilweise auch ganz neue Ansätze. Der Weg in eine Suffizienzpolitik sollte daher experimentell beschritten werden.

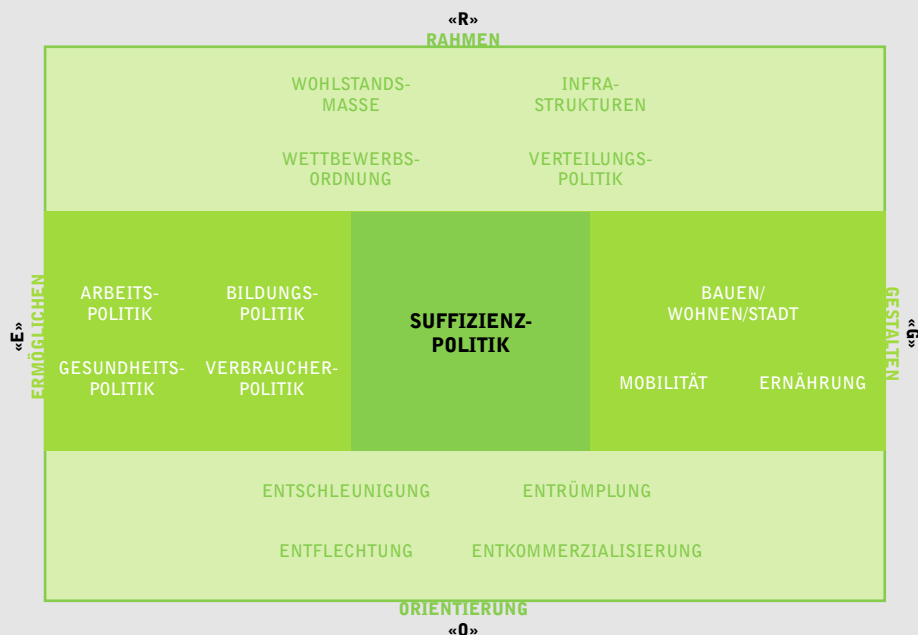
Es geht um die sensible Abwägung unterschiedlicher Entfaltungs- und Freiheitsmöglichkeiten. Hier bedarf es Gestaltungsmut, aber auch der Bereitschaft, aus Fehlern zu lernen und so Suffizienzpolitik reifen zu lassen.

- **Suffizienzpolitik als partizipative Politik.** Der experimentelle Charakter, aber noch mehr die Tatsache, dass es bei der Suffizienzpolitik um das «gute Leben» von Menschen geht, macht es unabdingbar, dass Suffizienzpolitik partizipativ gestaltet wird. Freie Bürger/innen sollen die Rahmenbedingungen mitdiskutieren und mitgestalten können, die ein vielfältiges und gutes Leben für möglichst viele erlauben.

Suffizienzpolitik steht damit für:

- (1) einen aufgeklärten Liberalismus, der auch nachhaltigen Lebensentwürfen eine faire Chance zur Entfaltung gibt,
- (2) eine auf Wohlstand ausgerichtete Ordnungspolitik, also einen Ordnungsrahmen, der die gesamte Breite aller Wohlstandsfaktoren einbezieht und sich nicht auf ökonomisches Wachstum beschränkt,
- (3) eine kulturoptimistische Perspektive, die Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft befähigt, neue Wertorientierungen in politisches und unternehmerisches Handeln umzusetzen,
- (4) eine gesellschaftswissenschaftlich aufgeklärte Politikgestaltung, die versteht, dass individuelles Handeln immer in institutionelle und gesellschaftliche Kontexte eingebettet ist.

Abbildung 2: Das «ERGO» Schema der Suffizienzpolitik



Quelle: Nassehi 2019; eigene Darstellung.

Literaturverzeichnis

- Heidenreich, Felix (2018): How Will Sustainability Transform Democracy? Reflections on an Important Dimension of Transformation Sciences. In: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society*, Volume 27, Number 4, 2018, pp. 357–362(6).
- Ekardt, Felix (2016): Theorie der Nachhaltigkeit. Ethische, rechtliche, politische und transformative Zugänge – am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel. Nomos Verlag, Baden-Baden 2016 (2. Aufl. bei Nomos, 3. Aufl. insg.).
- Enquete-Kommission des Bundestages «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität»: Schlussbericht. Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft. Berlin 2013.
- Kopatz, Michael (2016): Ökoroutine. Damit wir tun, was wir für richtig halten. München: oekom Verlag.
- Levermann, Anders (2019): Verantwortung auf den falschen Schultern. Warum die Lösung globaler Probleme wie des Klimawandels nicht die Aufgabe des Einzelnen sein kann, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. März 2019.
- Nassehi, Armin (2019): Unveröffentlichtes Thesenpapier zur Neukonzeption von «Bündnissen» für die Grünen. München.
- Rosa, Hartmut (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehungen. Berlin: Suhrkamp.
- Schneidewind, Uwe; Zahrnt, Angelika (2013): Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München: oekom Verlag (Teile des vorliegenden Textes sind dem Buch entnommen).
- Schneidewind, Uwe (2018): Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Frankfurt: Fischer-Verlag.
- Welzer, Harald (2019a): An die Zukunft glauben. Alles wird gut! *taz FUTURZWEI* Nr. 10 vom 10. September 2019.
- Welzer, Harald (2019b): Ökologisch aufgeklärte Wirtschaft? So geht's!, *WirtschaftsWoche* vom 13. April 2019.

Die Autoren

Peter Unfried ist Chefreporter der taz, Chefredakteur von taz FUTURZWEI, Magazin für Zukunft und Politik, Kolumnist («Die eine Frage») und Buchautor. Geboren in Schwäbisch Gmünd, lebt Peter Unfried in Berlin-Kreuzberg. In seinem Buch «Öko» entwickelte er das Konzept der sozialökologischen «Lebenstilverantwortung», um Ökoindividualismus zum Mainstream zu machen und daraus politische und gesellschaftliche Dynamik zu entwickeln. Das Konzept ist gescheitert.

Prof. Dr. Uwe Schneidewind ist seit 2010 Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie gGmbH. Seine wissenschaftliche Karriere umfasste Stationen an den Universitäten Köln und HEC Paris, an der Universität St. Gallen sowie der Universität Oldenburg (u.a. von 2004–2008 Präsident der Universität). Er ist u.a. Mitglied des Club of Rome und des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Er ist Träger des B.A.U.M.-Umweltpreises 2016 und Vorsitzender der Kammer für Nachhaltige Entwicklung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Er hat in den letzten 20 Jahren über 20 Bücher und 200 Aufsätze veröffentlicht.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Kontakt: Referat Zeitdiagnose & Diskursanalyse, Ole Meinefeld **E** meinefeld@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

DOI: <https://doi.org/10.25530/03552.31>

Erscheinungsdatum: November 2019

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Verfügbare Ausgaben unter: www.boell.de/de/boellbrief

Abonnement (per E-Mail) unter: boell.de/news

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.